Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

# Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 8. Juni 1926
Dienstag Morgen

Chefredakteur Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstrasse 30—32. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5070—5099. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatlicher Bezugspreis 4,35 R.-M. in Berlin durch Roten.

Mit den Beilagen: Welt und Wert * Kraft und Stoff Wirtschaft und Recht Weltverkehr * 9813 im Bilde.

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,45 R.-M. je 23 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif.

65. Jahrgang
Nr. 260
8.6.m
10 pfennig

## Hindenburg gegen den Volksentscheid.

### Ein Brief des Reichspräsidenten.

Staatsminister v. Loebell veröffentlicht in einer Sondernummer des „Zeitungsspiegel" einen Briefwechsel mit dem Reichspräsidenten. Danach hat dieser folgendes Schreiben an ihn gerichtet:

Berlin, den 22. Mai 1926.

„Der Reichspräsident.

Sehr geehrte Exzellenz!

Von Ihrem Schreiben vom 19. Mai habe ich mit lebhaftem Interesse Kenntnis genommen. Ihrer Anregung, zu dem Volksbegehren auf Enteignung der Fürstenvermögen in einer öffentlichen Kundgebung Stellung zu nehmen, vermag ich aber aus staatsrechtlichen, sich aus der verfassungsmäßigen Stellung des Präsidenten des Deutschen Reiches ergebenden Gründen nicht zu entsprechen. Auch von einem Erlasse an die Reichsregierung möchte ich absehen.

**Die Reichsregierung**

hat bereits in ihrer Kundgebung vom 24. April dieses Jahres vor dem deutschen Volke klar und deutlich erklärt, daß die entschädigungslose Enteignung dem Grundsatze, die in einem Rechtsstaate die Grundlage für jeden Gesetzgebungsakt zu bilden haben, widerspricht. Sie hat von diesem Standpunkt des Rechts sowohl in der erwähnten amtlichen Kundgebung als auch durch den Reichsminister des Innern in der Reichstagssitzung vom 28. April d. J. ausgesprochen, daß sie das Volksbegehren auf entschädigungslose Enteignung der Fürstenvermögen auf das entschiedenste ablehne.

**Die unter dem Reichskanzler Dr. Marx am 17. Mai 1926 neugebildete Reichsregierung hat sich in ihrer Erklärung vom 19. Mai diesen Standpunkt ausdrücklich zu eigen gemacht. Ich kann daher annehmen, daß die Regierung, ohne daß es eines besonderen Schrittes meinerseits bedarf, Ihre Auffassung über die rechtliche Tragweite und Gefahr des Volksbegehrens teilt.**

Was die von Ihnen berührten, im weiteren Verlauf der Dinge von mir persönlich zu treffenden Entscheidungen anlangt, so muß ich mir — wie es die Verfassung vorsieht — meine Entschließung vorbehalten, bis das Ergebnis des Volksentscheides und das sich hieraus ergaben Ausführungsgesetz vorliegen und die Frage der Vollziehung dieser Gesetze an mich herantritt. — Ich will es aber doch nicht unterlassen, Ihnen

**meine persönliche Auffassung**

dahin mitzuteilen, daß ich die von Ihnen geäußerten Besorgnisse in vollem Umfang teile und die gleichen Bedenken, wie ich sie auch schon zu Anfang dieser Entwicklung der Dinge an der Reichsregierung gegenüber zum Ausdruck gebracht habe. Daß ich, der ich mein Leben im Dienste der Könige von Preußen und der Deutschen Kaiser verbracht habe, dieses Volksbegehren zunächst als ein großes Unrecht, dann aber auch als ein bedauerlichen Mangel an Traditionsgefühl und als grohen Undank empfinde, brauche ich Ihnen nicht näher auszuführen.

**Ich will mich aber bemühen, den Enteignungsantrag hier nicht als eine politische, sondern lediglich als eine moralische und rechtliche Angelegenheit zu betrachten. Ich sehe in ihm unter diesem Gesichtspunkt einen sehr bedenklichen Vorstoßgegen das Gefüge des Rechtsstaats, dessen tiefes Empfinden die Achtung vor dem Gesetz und dem gesetzlich anerkannten Eigentum ist.**

**Es verstößt gegen die Grundlagen der Moral und des Rechts. Würde dieses Volksbegehren Annahme finden, so würde einer der Grundpfeiler, auf dem der Rechtsstaat ruht, beseitigt und ein Weg eröffnet, der auf abschüssiger Bahn haltlos bergab führt, wenn es der Zufälligkeit einer, vielleicht noch dazu leidenschaftlich erregten Volksabstimmung gestattet sein soll, verfassungsmäßig gewährleistetes Eigentum zu entziehen oder zu verneinen.**

Es könnte aus dem jetzt vorliegenden Einzelfall die Meinung entstehen, durch Aufreizung der Instinkte der Massen und Ausnutzung der Not des Volkes mit solchen Volksabstimmungen an dem Wege der Gesetzgebung weiterzugehen und damit dem deutschen Volke die Grundlage seines kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens zu entziehen. Ich sehe hierin eine

**große Gefahr,**

die gerade in unserer Lage, in der die Zusammenfassung aller wirtschaftlichen und geistigen Kräfte für unsere Selbstbehauptung am notwendigsten ist, unsere staatlichen Grundlagen bedroht und in einem Zeitpunkt, wo wir eben die ersten Schritte auf dem Wege zu neuer wirtschaftlicher Geltung getan haben, unsere Stellung in der Welt schädigt.

Ich bin überzeugt, daß trotz der starken, vielleicht wenig schönen Agitation für das Volksbegehren das ruhige Urteil und der gesunde Sinn unseres Volkes diese moralische und rechtliche Seite der Frage nicht verkennen und die unabsehbare Gefahr, die allen Schichten des Volkes hier droht, nicht übersehen wird. Ich hoffe daher zuversichtlich, daß unsere Mitbürger in der Entscheidung vom 20. Juni diesen Erwägungen Raum tragen und den Schaden abwenden werden, der sonst dem ersten Grundgesetz jedes Staates, dem Rechte und der Gerechtigkeit erwachsen würde.

Mit freundlichen Grüßen bin ich Ihr sehr ergebener

v. Hindenburg."

★

Der Wortlaut des vorstehenden Briefes ist bisher amtlich nicht bestätigt. Das wird, da sich der Reichspräsident ausserhalb Berlins befindet, erst heute geschehen können. Erst dann wird man auch erfahren, wie der Reichspräsident seine Stellungnahme verstanden zu sehen wünschte. Der Empfänger deutet an, und der Stil des Briefes gestattet den gleichen Rückschluß, daß eine Veröffentlichung beabsichtigt war.

Die Auffassung, die aus dem Schreiben spricht, dürfte auch der Reichsregierung bekannt sein. Die Reichsregierung, die in ihrer Haltung gegen den Volksentscheid so durchaus festgelegt ist, hatte die Absicht, wie wir bereits mitteilten, diese Stellungnahme in einer Kundgebung zu erneuern. Vielleicht gibt ihr der in seinem Charakter naturgemäß persönlich gehaltene Hindenburg-Brief erwünschten Anlaß dazu.

### Kabinettssitzung.

Das Reichskabinett hielt Montag nachmittag im Reichstag die angekündigte Sitzung ab. Die Arbeiten zur Vorbereitung der Einheitsflagge sind so weit gefördert, daß sie nunmehr dem vorgesehenen Ausschuß übergeben werden können.

Außerdem beschäftigte sich das Kabinett mit der Frage des Fürstenabfindungsgesetzes, dessen erste Lesung auf der Tagesordnung der heutigen Reichstagssitzung steht. Es hat sich als wünschenswert herausgestellt, das Gesetz möglichst doch noch vor dem Volksentscheid zu verabschieden. Die Schwierigkeiten, die dem Regierungsentwurf in dem Erfordernis der Zweidrittelmehrheit anhaften, bestehen aber bisher unverändert. Man sinnt auf einen Ausweg, der die Annahme des Gesetzes mit einfacher Mehrheit, d. h. mit Unterstützung der Deutschnationalen, gestatten würde. Die formale Hemmnisse hofft man überwinden zu können — es ist der Vorschlag gemacht worden, dies durch eine Präambel zu dem Gesetz zu versuchen —; außerdem wären allerdings auch sachliche Änderungen notwendig. Hierüber wird sich erst in der Ausschußberatung Klarheit gewinnen lassen.

Die Fraktionen treten in ihrer Mehrzahl heute mittag zusammen. Neben dem Reichspräsidentenbrief, der in den parlamentarischen Kreisen gestern lebhafte Bewegung hervorrief, werden die Frage des Fürstenabfindungsgesetzes und die hierüber schwebenden Verhandlungen zwischen Regierung und Parteien im Mittelpunkt der Beratungen stehen.

### Abg. Lammers Vorsitzender des Enqueteausschusses.

Die Reichsregierung hat beschlossen, Herrn Clemens Lammers, der bekanntlich Vorsitzender der Weimarer Verfassungsfeier vertritt, zum Vorsitzenden des Ausschusses zur Untersuchung der Erzeugung und Abgabebedingungen der bearbeiteten Wirtsfolgen Nahrung nahme mit diesem Ausschusse zu benennen.

Der Vorsitzende bildet mit den von dem Ausschuß gewählten Stellvertretern Dr. Rudolf Hilferding, Graf Keyserling und Prof. Harms das Präsidium des Ausschusses.

## Der Mossulvertrag in der Kammer.

### Trotz scharfer Opposition findet sich eine Mehrheit für die Annahme.

**Konstantinopel**, 7. 6. (Sonderdienst der DAZ.)

Das Mossulabkommen wird heute oder morgen in der Kammer zur Sprache gebracht. Es wurde gestern in einer Sitzung der Volkspartei erörtert, wobei sich herausstellte, daß das Abkommen keineswegs den Beifall dieser Partei findet. Ruschdy Bey, der der Partei angehört, hat nunmehr die Zeit „der großen Buße" beginnen solle. Aber offenbar will vorläufig so recht kein Mensch daran glauben, und der ganze Plan wird, noch ehe er feste Gestalt angenommen hat,

**wenig ernst genommen.**

Die allgemeine Ansicht geht dahin, daß sich derartige Beschränkungen des Verbrauchs zwar unter der Zwangswirtschaft des Krieges leicht durchführen ließen, daß sie aber in Friedenszeiten auf die größten Schwierigkeiten stoßen und außerdem von geringer Wirkung sein müßten. Tatsächlich wurde in Frankreich bereits kurz nach dem Kriege, nämlich im Jahre 1920, ein ähnlicher Versuch gemacht, wobei es mit aller Mühe gelang, die Einfuhr von 50 Millionen um 1 Milliarde herabzudrücken. Auf der anderen Seite sein natürlich politische Gegenmaßnahmen des Auslandes zu befürchten, die leicht dazu führen könnten, daß die Verringerung der Einfuhr von einer Verringerung der Ausfuhr weit übertroffen werde, wie denn überhaupt eine tiefgreifende Durchführung derartiger Maßnahmen auf die Dauer zu einer wirtschaftspolitischen Isolierung Frankreichs führen müßte, die letzten Endes nur Schwierigkeiten des Budgets und dann auch der Währung zur Folge haben werde. Schließlich spielt auch die Rücksicht auf die zahlosen Fremden eine erhebliche Rolle, deren stets nachsender Zustrom ein sehr erheblicher Faktor der unsichtbaren Handelsbilanz geworden ist. In Paris, das immer mehr zu einem wollkommen internationalen Zentrum wird, macht man sich zwar nach Kräften über die reichen Amerikaner lustig, doch ihre Dollars nimmt man gern.

Während die Einwände gegen den neuen Plan bereits sehr bestimmt auftreten, ist auf der anderen Seite noch wolkommen unklar,

**worin nun eigentlich das Einschränkungsprogramm bestehen soll.**

Das Komitee der Bier, das mit dieser Aufgabe betraut ist, und das sich, wie ebenfalls bereits bekannt, aus den vier beteiligten Ministern (Armeres, Oeffentliche Arbeiten, Ackerbau und Handel) zusammensetzt, wird morgen zu einer ersten Sitzung zusammentreten. Seine Beschlüsse sollen dann gegen Ende der Woche dem Ministerrat vorgelegt werden, und man wird abwarten müssen, was dann aus der Sache werden wird. Eines der beteiligten Kabinettsmitglieder hat sich indessen bereit, schon jetzt allen Gerüchten entgegenzutreten, die von vollpolitischen Maßnahmen wissen wollen. Der französische Außenbundesrat hat nach den Versicherungen dieses Ministers nicht gefaßt werden, da jeder Eingriff in die bestehenden Handelsbeziehungen unerwünschte Folgen haben müßte. Es handle sich darum, auf den inneren Verbrauch einzuwirken, dessen Höhe sich in der Handelsbilanz schädlich bemerkbar mache, also um eine Art „wirtschaftlicher Hygiene".

Ueber die Einzelheiten dieser wirtschaftlichen Hygienebestimmungen wird sich das Komitee in seiner morgigen Sitzung zu entscheiden haben. Die vorliegenden Informationen sind vorläufig stark widersprechend. Sicher scheint zu sein, daß man möglichst wenig den Konsumenten selbst belästigen will, sondern

**beim Zwischenhandel**

eingreifen wird. Schließlich scheint auch eine Einschränkung des Kostenverbrauchs erwogen zu werden.

Inzwischen geht hinter den Kulissen der Kampf um die Goldvorräte der Staatsbank weiter. Das Finanzministerium dementiert umlaufende Gerüchte, wonach sich das Schwerständigkomitee für die Einsetzung dieser Goldvorräte ausgesprochen habe.

## Marokkokonferenz am 12. Juni.

a. **Paris**, 7. 6. (Eigenbericht.)

General Jordana, der spanische Delegierte für die spanisch-französische Marokkokonferenz, wird für den 12. dieses Monats in Paris erwartet. Der Beginn der Konferenz wird nunmehr für das gleiche Datum angekündigt. Im Zusammenhang damit wird gesagt, daß die Spanier das Abgehen bereits wollen. Immerhin sich die Spanier bereiterklärt haben, die französische Mitbesetzung zuzulassen, darüber wird geschwiegen.

★

**Beirut**, 7. 6. (Sonderdienst der DAZ.)

**Nach einem Dreitagemarsch und heftigen Gefechten besetzten französische Truppen Schefchaub, die Hauptstadt der Drusen-Zone. Man glaubt, daß dieser Erfolg die zweite wichtige Phase in den Operationen darstellt, die den Stämmen des Scheikel Drus den Wunsch des Friedens nahelegen soll.**

## Unterredung zwischen dem deutschen und dem französischen Arbeitsminister

a. **Paris**, 7. 6. (Eigenbericht.)

Wie uns berichtet wird, hatte der französische Arbeitsminister Durafour während seines kurzen Aufenthaltes Gelegenheit, sich mit dem deutschen Arbeitsminister Dr. Brauns eingehend über die Stellung der deutschen Regierung zu dem Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag zu unterhalten. Dr. Brauns habe erklärt, daß die Reichsregierung dem Parlament die Ratifikation des Abkommens vorschlagen werde, sobald die französischen Arbeiten in Uebereinstimmung mit den Arbeitgebern und Arbeitnehmerverbänden abgeschlossen seien. Die Londoner Konferenz habe die letzten Schwierigkeiten, die bei der Ratifikation entgegenstellten, beseitigt. Dr. Brauns habe die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die Einbringung des Ratifikationsgesetzes im Reichstage daß Tatsache werden würde.

**Rangoon**, 7. 6. (Sonderdienst der DAZ.)

Nach einem Privattelegramm aus Khyab haben der vor ein paar Tagen wütende Cyclon und das Hochwasser rund 5000 Todesopfer gefordert. 50 000 Menschen sind obdachlos und krank und leiden unter der Hungersnot. Der Verlust an Vieh ist ungeheuer und die Feldbestellung unmöglich.

## Skepsis des französischen Volkes.

### Gegenüber den neuesten Regierungsmaßregeln.

a. **Paris**, 7. 6. (Eigenbericht.)

Die neueste Maßnahme zur Bekämpfung der Valutanot, die, wie bereits gemeldet wurde, in einer Beschränkung des Verbrauchs bestehen soll, erweckt in der französischen Oeffentlichkeit womöglich noch größeren Skeptizismus als alle bisherigen ähnlichen Versuche. Die Zeitungen berichten zwar, daß nunmehr die Zeit „der großen Buße" beginnen solle. Aber offenbar will vorläufig so recht kein Mensch daran glauben, und der ganze Plan wird, noch ehe er feste Gestalt angenommen hat,

**wenig ernst genommen.**

Die allgemeine Ansicht geht dahin, daß sich derartige Beschränkungen des Verbrauchs zwar unter der Zwangswirtschaft des Krieges leicht durchführen ließen, daß sie aber in Friedenszeiten auf die größten Schwierigkeiten stoßen und außerdem von geringer Wirkung sein müßten. Tatsächlich wurde in Frankreich bereits kurz nach dem Kriege, nämlich im Jahre 1920, ein ähnlicher Versuch gemacht, wobei es mit aller Mühe gelang, die Einfuhr von 50 Millionen um 1 Milliarde herabzudrücken. Auf der anderen Seite sein natürlich politische Gegenmaßnahmen des Auslandes zu befürchten, die leicht dazu führen könnten, daß die Verringerung der Einfuhr von einer Verringerung der Ausfuhr weit übertroffen werde, wie denn überhaupt eine tiefgreifende Durchführung derartiger Maßnahmen auf die Dauer zu einer wirtschaftspolitischen Isolierung Frankreichs führen müßte, die letzten Endes nur Schwierigkeiten des Budgets und dann auch der Währung zur Folge haben werde. Schließlich spielt auch die Rücksicht auf die zahlosen Fremden eine erhebliche Rolle, deren stets nachsender Zustrom ein sehr erheblicher Faktor der unsichtbaren Handelsbilanz geworden ist. In Paris, das immer mehr zu einem wollkommen internationalen Zentrum wird, macht man sich zwar nach Kräften über die reichen Amerikaner lustig, doch ihre Dollars nimmt man gern.

Während die Einwände gegen den neuen Plan bereits sehr bestimmt auftreten, ist auf der anderen Seite noch wollkommen unklar,

**worin nun eigentlich das Einschränkungsprogramm bestehen soll.**

Das Komitee der Vier, das mit dieser Aufgabe betraut ist, und das sich, wie ebenfalls bereits bekannt, aus den vier beteiligten Ministern (Armeres, Oeffentliche Arbeiten, Ackerbau und Handel) zusammensetzt, wird morgen zu einer ersten Sitzung zusammentreten. Seine Beschlüsse sollen dann gegen Ende der Woche dem Ministerrat vorgelegt werden, und man wird abwarten müssen, was dann aus der Sache werden wird. Eines der beteiligten Kabinettsmitglieder hat sich indessen bereit, schon jetzt allen Gerüchten entgegenzutreten, die von vollpolitischen Maßnahmen wissen wollen. Der französische Außenbundesrat hat nach den Versicherungen dieses Ministers nicht gefaßt werden, da jeder Eingriff in die bestehenden Handelsbeziehungen unerwünschte Folgen haben müßte. Es handle sich darum, auf den inneren Verbrauch einzuwirken, dessen Höhe sich in der Handelsbilanz schädlich bemerkbar mache, also um eine Art „wirtschaftlicher Hygiene".

Ueber die Einzelheiten dieser wirtschaftlichen Hygienebestimmungen wird sich das Komitee in seiner morgigen Sitzung zu entscheiden haben. Die vorliegenden Informationen sind vorläufig stark widersprechend. Sicher scheint zu sein, daß man möglichst wenig den Konsumenten selbst belästigen will, sondern

**beim Zwischenhandel**

eingreifen wird. Schließlich scheint auch eine Einschränkung des Kostenverbrauchs erwogen zu werden.

Inzwischen geht hinter den Kulissen der Kampf um die Goldvorräte der Staatsbank weiter. Das Finanzministerium dementiert umlaufende Gerüchte, wonach sich das Schwerständigkomitee für die Einsetzung dieser Goldvorräte ausgesprochen habe.

## Flaue Stimmung in Genf.

### Aufnahme Deutschlands am 10. September sicher?

sch. **Genf**, 7. 6. (Eigenbericht.)

Die heutige Stimmung im Völkerbundsrat und in den sogenannten Völkerbundskreisen kann nicht gut anders als mit dem unüberseybaren französischen Wort „malaise" bezeichnet werden. Der Umstand, daß der spanische Erstbelegierte Quinones wegen der Verweigerung des Platzes Arbeitsamtes nach Madrid reisen mußte, während der zweite Delegierte Palazios sich nach Südamerika einschifft, so daß Spanien bloß durch einen jugendlichen Sekretär vertreten war, in Zusammenhang mit der ebenso plötzlichen Erkrankung Mello Francos, die so schwer war, daß ihn scheinbar seine beiden Legationsräte pflegen mußten und der

**brasilianische Sitz überhaupt leer**

blieb, drückt der Lage sein Zeichen auf. Spanien und Brasilien wollen offenbar in dem Augenblick nicht verhandeln, da Chamberlain und Briand gerade zu diesem Zweck in Genf eintreffen. Briand soll heute früh im ersten Imwillen die Absicht geäußert haben, schon morgen mittag nach Paris zurückzufehren. Da aber Paul-Boncour erst Mittwoch früh eintrifft, um die Vertretung Frankreichs zu übernehmen — der Prozeß Bothard dürfte morgen zu Ende sein —, ist anzunehmen, daß Briand doch noch bis Mittwoch früh hier verbleibt. Wie verlautet, finden in diesem Augenblick Verhandlungen der beiden Hauptdelegierten mit Brasilien statt.

Das Verhalten Spaniens und Brasiliens muß auch auf den deutschen Eintritt im September Rückwirkung haben. Wenn Spanien und Brasilien die Verhandlung unmöglich machen, bleibt der Bundesversammlung nichts übrig, als sie im September hinauszuwählen.

**Das deutsche Interesse**

aber verlangt es, daß der deutsche Eintritt nicht den erzwungenen Austritt der beiden genannten Mächte zur Folge habe. Denn Deutschland hat an guten Beziehungen zu ihnen — besonders zu Spanien — ebenfalls Interesse, und zwar nicht weniger als am Völkerbundseinritt. Die deutsche Diplomatie hat in Madrid und Rio de Janeiro eine große Mission zu erfüllen.

Wie verlautet, hat der neue schwedische Außenminister aus sprachlichen Rücksichten auf sein Erscheinen in Genf verzichtet, während Staatssekretär Sjöberg als Ersatzmann nicht den Vorsitz von Sachsenmännern führen wollte. Die Ablehnung seitens Benesch, der dem Alphabet nach zuerst berufen gewesen wäre, den Vorsitz statt Schwedens zu übernehmen, ist bekanntlich, daß der tschechoslowakische Staatsmann Wert dadauf legt, dem Rat erst im September zu präsidieren, um dann auch die Bundesversammlung eröffnen zu können. Auf diese Art ist heute der Vorsitz für das laufende Vierteljahr unerwartet an Urugua gekommen.

Der heutige Nachmittag und der morgige Tag dienen vor allem den Berichten und geheimen Verhandlungen zwischen den Mächten. Morgen Abend gibt es Komiteesitzungen. Die Ergebnisse der Studienkommission für die Ratifizierung werden morgen Abend bekanntgemacht werden, weil den Diplomaten Grundsätze und die Ergebnisse der Abrüstungskommission sind noch weit weniger sprudelnd.

**Aus guter, freilich optimistischer Quelle verlautet, daß mit der Aufnahme Deutschlands für den 10. September etwas sicher gerechnet werden könnte.**

Frankreich hat heute einen Antrag eingebracht, demzufolge eine Konvention abgeschlossen werden soll, wonach die Mitglieder gegenseitig Hilfe gegen Bankkontenfälschungen versprechen. Der Name Ungarn ist in diesem Zusammenhang nicht genannt worden.

★

Die 9. Internationale Arbeitskonferenz ist gestern in Genf eröffnet worden.

### Amerikanischer Funkdienst.

**New York, Devisen- und Geldmarkt.**

Devisenkurs von 4 Uhr nachmittags.

| | 7. 6. | 5. 6. |
|---|---|---|
| Tägl. Geld | 3 % | — |
| Bankkreditz | 3½ | — |
| Comm. Paper | 3½ | — |
| 60 Tg. B | 3¾ | — |
| Pa. Eisenb. | | |
| nied. Kurs | 3¾ | 4 % |
| ob. höchstes | 4 | 4 |
| Berlin | 23,80—23,82 | 23,80—23,82 |
| Ges. | — | — |
| London | | |
| Kabel Tr. | 4,86⅞ | 4,86⅞ |

| | 7. 6. | 5. 6. |
|---|---|---|
| Lond. 60 T. | 4,825 | 4,82,00 |
| Paris | 3,61,50 | 3,08,50 |
| Brüssel | 3,07,00 | 3,10,00 |
| Amsterd. | 40,18 | 40,15 |
| Madrid | 19,36 | 19,36 |
| Oslo | 22,18 | 22,05 |
| Kopenh. | 26,46 | 26,45 |
| Prag | 2,96 | 2,96 |
| Wien | 3,76 | 3,76 |
| Madrid | 15,18 | 15,13 |
| Bilbao | 63 | 63 |

**New Yorker Börse.**

| | 7. 6. | 5. 6. |
|---|---|---|
| 4½ St. Loan Priior | 83⅞ | 83⅞ |
| 4½ do. conv. Mrt. Bd. | 96⅞ | 96⅞ |
| Baltimore u. Ohio | 52⅞ | 52⅞ |
| Canad. Pacific | 149 | 149 |
| Chesapeake Ohio | 161⅞ | 131⅞ |
| Chic. Milw. Petersb. | 13⅞ | 13⅞ |
| Erie | 36⅞ | 35⅞ |
| Illinois Cent. | 86⅞ | 84 |
| Pennsylvania | 52⅞ | 52⅞ |
| Reading | 53⅞ | 53⅞ |
| Southern Pacific | 100⅞ | 100⅞ |
| Union Pacific | 148⅞ | 148 |
| American Can | 46⅞ | 46 |
| Anaconda | 46⅞ | 46 |
| Chile Copper | 13⅞ | 13⅞ |
| General Electric | 329 | 322⅞ |
| General Motors | 129⅞ | 129⅞ |
| Intern. Harvester | 118⅞ | 118 |
| Standard Oil N. J. | 44⅞ | 44⅞ |
| Studebaker | 51⅞ | 51⅞ |
| U. S. Steel Corp. | 127⅞ | 126⅞ |

| | 7. 6. | 5. 6. |
|---|---|---|
| Fr. Rep. Dawes Anl. | 104⅞ | 104⅞ |
| Bel. Stadt 25 | 89⅞ | — |
| 7 Bremer Anleihe | 93⅞ | — |
| Dt. Reich 1923 | 87⅞ | — |
| 7 Münch. v. 1925 | — | — |
| 7 Dt. Reich. Verk. 07 | 86⅞ | 86⅞ |
| 7 Reichsanl. Kredit | 99⅞ | 99⅞ |
| 7 Dtsch. Anl. 27 | 101⅞ | 101⅞ |
| 7 Franz. Gold 00 | 90⅞ | 90⅞ |
| 5 Mex. Anl. v. 99 | 47⅞ | 48 |
| 4 Mex. Gold v. 04 | 32 | 31⅞ |
| 6 Poln. Anl. 20 | 83⅞ | 84 |
| 7 A. E. G. 1945 | 100 | 100⅞ |
| 7 Bayerische Vereinsbk. | 88⅞ | 88 |
| 7 Fried. Krupp 29 | — | — |
| 7 Kr. Kr. Bdn-Württ. | 103 | 101⅞ |
| 7 Ver. Stahlw. 26 | 97 | 95⅞ |
| 7 Leonh. Tietz A | 97 | 97 |
| 7 Stahlw. Wtn. 25 | 95 | 95 |
| 7 Hein. u. E. 1926 | 99 | 99 |
| 7 Aug. Thyssen | 99⅞ | 99⅞ |

**New York, Produktenmarkt.**

| | 7. 6. | 5. 6. |
|---|---|---|
| Kaffee Santos t. | 9,50 | — |
| do. loko | 19⅞ | — |
| Juli | 17,50 | 17,40 |
| Sept. | 17,30 | — |
| Dez. | 16,90 | — |
| März | 16,00 | — |
| Mai | 15,80 | — |
| Zucker rohe | 18,75 | 18,70 |
| Juli | 18,25 | 18,27 |
| Sept. | 17,90 | 17,86 |
| Dez. | 17,55 | 17,50 |
| Oktober | 17,04 | 17,00 |
| Zufuhr | 7 000 | 10 000 |
| Kupfer elektr. | 13⅞ | 13⅞ |
| Zinn | 58,50 | — |
| Blei | 7,65 | — |
| Zink | 7,00 | — |
| Eisen | 20,90 | — |

| | 7. 6. | 5. 6. |
|---|---|---|
| Weizen, rot | 1,25—7/8 | 1,20—7,50 |
| Dez. | 1,19—3/4 ab | 1,19—7/8 ab |
| Mais | 87⅞ | 89⅞ |
| Mehl, Sp. | 7,25—7,75 | 7,00—7,50 |
| Getr. Frachtr. | 1,25—1,45 | 1,25—1,45 |
| Kaffee, Rio | 9—9½ cts. | 9—11 cts. |
| Kontinent | 9—11 cts. | 9—11 cts. |

**Chicago, Produktenmarkt.**

| | 7. 6. | 5. 6. |
|---|---|---|
| Weizen Juli | 141⅞ | 141⅞ |
| Sept. | 138⅞ | 138⅞ |
| Mais Juli | 87⅞ | 87⅞ |
| Sept. | 77⅞ | 77 |
| Hafer Juli | 41⅞ | 41⅞ |
| Sept. | 42⅞ | 41⅞ |
| Roggen Juli | 90⅞ | 90 |
| Sept. | 93 | 93⅞ |
| Schweinefett Juli | 15,32⅞ | 15,75 |
| Schmalz September | 17,15 | 16,87⅞ |
| Oktober | 17,15 | 16,87⅞ |
| Lieferung Juli | 18,37⅞ | 18,12⅞ |
| Sept. | 14,00 | 13,70 |
| Lieferung Mai | 14,62 | 14,75 |
| Schweine leichte | 13,75 | 13,85 |
| Schwere leichte | 14,50 | 14,25 |
| Zufuhr Chicago | 36 000 | 30 000 |
| Westen | 116 000 | 30 000 |

## Brüninghaus contra Dittmann.

### Ein Schlußwort.

Von

Vizeadmiral a. D. **Hollweg**, Bremen.

Das Erscheinen des Gegenreferats des Abg. Brüninghaus vor dem Untersuchungsausschuß in Broschürenform unter dem eindrucksvollen und bezeichnenden Titel „Die politische Zersetzung und die Tragödie der deutschen Flotte" (Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte) ist hier schon kurz angezeigt worden.

Admiral Brüninghaus hat in seinem Referat selbst ausgesprochen, daß die Flottenmeuterei von 1917 und 1918 nur einen Teilausschnitt aus dem großen Kapitel „Der deutsche Zusammenbruch von 1918" bilde, und daß ihm naturgemäß nicht die Aufgabe zufallen könne, das Problem in seiner Gesamtheit restlos zu lösen. Auch hier soll kein derartiger Versuch unternommen, sondern nur ein kurzer Schlußwort zu einer unterhaltungsmäßig vor der Oeffentlichkeit vorläufig abgeschlossenen Episode geschrieben werden, die nicht nur eine Tragödie für die ehemalige deutsche Flotte, sondern für das deutsche Volk als Ganzes darstellt.

In dem Münchener „Dolchstoßprozeß" hatte der Admiral v. Trotha, selbst tief bewegt, unter dem atemlosen Lauschen seiner Zuhörer im einzelnen ausgeführt, was die alte deutsche Flotte für das deutsche Volk bedeutete, wie sich in ihr deutsche Kraft, deutsche Sehnsucht nach Weite, Licht und Luft, nach wirtschaftlicher und politischer Sicherheit manifestierte. Hatte tief drunten im Bayerland, wohin das Rauschen der See nur selten tönt, erläutert, wie erst durch die unablässige kameradschaftliche treue, gemeinsame Arbeit aller in Einzelräumen abgeschlossenen, aber bewußt zum selbständigen Handeln erzogenen Besatzungsangehörigen unter einheitlicher Führung aus dem toten Schiff, aus dem Wust von höchst komplizierten Apparaten und Maschinen erst ein lebendiges Etwas, ein Stück deutscher Kraft und deutschen Lebenswillens, ein Kampfinstrument gemacht werden konnte.

Admiral Brüninghaus hat feinerfeits einwandfrei nachgewiesen, daß die verallgemeinernde Behauptung, die Flottenmeuterei von 1917 habe ihre Ursachen in mangelhafter Verpflegung gehabt, aktenmäßig objektiv unwahr ist. Ueber das hinaus, was Herr Brüninghaus in diesem Sinne als Beweismaterial aufgezeigt hat, ließe sich noch viel mehr sagen. Das Verwaltungsdepartement des Reichsmarineamts hat vom ersten Kriegstage an in geradezu vorbildlicher und weitschauender Weise die Versplegung der Marine sicherzustellen sich bemüht. Und mit Erfolg. Es darf behauptet werden, daß kein Bevölkerungsteil in Deutschland im Kriege so gut ernährt und versorgt worden ist wie die Flotte und die Landmarine. Herr Brüninghaus hat bewiesen, daß politische Verhetzung den Keim zu jenen meuterischen Ausschreitungen gelegt hat, die dann ihre den damals gültigen strengen Kriegsgesetzen entsprechende gerechte Sühne gefunden haben. Wobei noch zu bemerken ist, daß Franzosen und Engländer in historischer Zeit und im Weltkriege selbst sehr viel weniger Milde bei Anlässen ähnlicher Art haben walten lassen. Clemenceaus bekanntes Wort über die Meuterei, ein lebendiges Etwas, ein Stück deutscher Kraft und deutschen Lebenswillens, ein Kampfinstrument gemacht werden konnte.

Admiral Brüninghaus hat feinerfeits einwandfrei nachgewiesen, daß die verallgemeinernde Behauptung, die Flottenmeuterei von 1917 habe ihre Ursachen in mangelhafter Verpflegung gehabt, aktenmäßig objektiv unwahr ist. Ueber das hinaus, was Herr Brüninghaus in diesem Sinne als Beweismaterial aufgezeigt hat, ließe sich noch viel mehr sagen. Das Verwaltungsdepartement des Reichsmarineamts hat vom ersten Kriegstage an in geradezu vorbildlicher und weitschauender Weise die Verpflegung der Marine sicherzustellen sich bemüht. Und mit Erfolg. Es darf behauptet werden, daß kein Bevölkerungsteil in Deutschland im Kriege so gut ernährt und versorgt worden ist wie die Flotte und die Landmarine. Herr Brüninghaus hat bewiesen, daß politische Verhetzung den Keim zu jenen meuterischen Ausschreitungen gelegt hat, die dann ihre den damals gültigen strengen Kriegsgesetzen entsprechende gerechte Sühne gefunden haben. Wobei noch zu bemerken ist, daß Franzosen und Engländer in historischer Zeit und im Weltkriege selbst sehr viel weniger Milde bei Anlässen ähnlicher Art haben walten lassen. Clemenceaus bekanntes Wort über die Meuterei

Manches bleibt in diesem Zusammenhange noch zu sagen. Die Untersuchungsausschußverhandlungen noch dunkel. Ueberspannte deutsche Sentimentalität und Worte wägende Juristerei bei Einzelhandlungen, Für die es dauf der Fahne nie angeklatscht. Disziplin in der stolzen deutschen Armee keinen „Vorgang" gab, haben die weichliche deutsche Regierung von energischen rechtzeitigen Zugriffen abgehalten, die Schlimmste zu verhindern. Ungeheuer ist hinnehmen. Zeiten ungeheuren Geschehens, Zeiten, in denen buchstäblich um das Schicksal eines Volkes und um die Abwehr der Versklavung der Lebenden und der Geschlechter Generationen gerungen wird, erfordern harte Entschlüsse und harte Männer. Kriegsausgang, politische Ohnmacht und trostlose wirtschaftliche Lage Deutschlands und die zwei Millionen Arbeitslosen sind die greifbaren Folgeerscheinungen der bewiesenen Schwäche der Regierung.

Ein Herr „Antinautieus", den Herr Brüninghaus im anderen Zusammenhange auch erwähnt hat, hat sich in einer Serie kommunistischer Artikel gegen das damals gebrüstet, wie J. B. auch die immer diffizile Seifenfrage zum Hilfsmittel für eine politische Agitation unter dem Maschinen- und Heizerpersonal der Schiffe gemacht wurde, obwohl doch der Seifenmangel ein allgemeines Blockadeübel war, und die Schiffsheizer immer noch besser gestellt waren, als die Feuerarbeiter an Land. Der gleiche Autor hat auch an der Hand von Zahlenvergleichen festgestellt, warum gerade in der Flotte der Hebel der politischen Agitation zuerst mit Erfolg angesetzt wurde: Der Prozentsatz des technischen, d. h. zum größeren Teil gewerkschaftlich geschulten Personals zu den anderen, von der roten Agitation früher noch nicht erfaßten Mannschaften, war in der Marine sehr viel größer und daher viel günstiger für parteipolitisch verhetzende Vorstöße als in der Armee. Der Hochstand der Flotte in bezug auf Qualität des Personals wurde ihr in diesem Sinne geradezu zum Verhängnis.

Ein kurzes Wort noch über die sogenannte „Rebellion der Admirale" 1918. Der immer aktivistische „Vorwärts" hat es für angezeigt gehalten, sich mit einer Anfrage an Herrn Churchill zu wenden, welche Ansichten der Flottenvorsitzende Ende Oktober 1918 gehab